

# Editorial

## Umkämpfte Räume

Räume sind umkämpft. Dabei ist Raum nicht als physisch-materielle Gegebenheit zu verstehen, die vom Sozialen getrennt werden könnte. Raum wird vielmehr durch soziale Praktiken produziert und wirkt gleichzeitig strukturierend auf soziales Handeln. Dies vorausgesetzt, drehen sich raum-bezogene gesellschaftliche Konflikte um die Nutzung von Natur und Ressourcen – etwa Land und Wald, Mineralien und Erze –, um kulturelle und diskursive Zuschreibungen – etwa „indigener“ Räume und „angestammter“ Territorien –, um politische Aneignung und Kontrolle, eng verbunden mit der Ausübung von Herrschaft. Die Beispiele dafür sind vielfältig. In diesem Heft diskutieren wir „umkämpfte Räume“ in Afghanistan, Indien, dem Norden Finnlands, in Juba (Südsudan), Kolumbien, der Somali- und der Puntland-Region (Äthiopien), den Städten der EU, sowie im transnationalen Rahmen zwischen Michoacán (Mexiko) und Chicago (USA). Gekämpft wird um Territorien ebenso wie um soziale und politische Räume. Diese Kämpfe werden diskursiv, über vielfältige Formen des politischen Handelns sowie mit physischer Gewalt ausgetragen. Einen zentralen Begriff stellt hierbei die Grenze dar. Grenzen markieren Territorien und stellen gleichfalls umkämpfte politische Konstruktionen dar. Sie beziehen sich dabei, wie die Beiträge in diesem Heft zeigen, nicht nur auf den Nationalstaat – und sie werden sozial, politisch und kulturell nicht nur dort gezogen und durchgesetzt, wo sie physisch durch Schilder, Zäune, Kontrollposten, Flüsse u.a. markiert werden. Zugleich ist der Wirkungsbereich politischer Herrschaft und Einflussnahme nicht notwendigerweise deckungsgleich mit den durch sie definierten Räumen. Die Räume politischer Herrschaft sind vielfältig; sie überdecken und überlagern sich, sie konkurrieren und bedingen sich wechselseitig. Raum ist eine für Herrschaft wesentliche Dimension; gleichzeitig wirken Herrschaftsverhältnisse auf die gesellschaftliche Produktion von Raum zurück.

Schon der Raumbegriff als solcher ist wissenschaftlich umkämpft, wie der Beitrag von *Nikolai Roskamm* zeigt. Der Autor argumentiert, dass die in der sozialwissenschaftlichen Rede vom „spatial turn“ stets wiederholte, aber selten theoretisch ausgeführte Behauptung vom Raum als sozialer Konstruktion die ontologische Grundannahme, dass Raum soziales Handeln bestimme, nicht aufhebt. Die „kausale Kraft“, welche die meisten Arbeiten

zum „spatial turn“ dem Raum zuschreiben, lasse sich mit jenen Theoretikern, auf die sich die Debatte größtenteils beruft (etwa Henri Lefèbvre und Michel Foucault) nicht begründen. Dem Argument, der Raum sei sozial konstruiert, gelinge entgegen seinem proklamierten Anspruch keine hinreichende Distanz vom klassischen Raumdeterminismus.

Mit einem der umstrittensten Raumtheoretiker, wenngleich er selten als solcher wahrgenommen wird, befassen sich *Benedikt Korf* und *Conrad Schetter*: Sie stellen die Frage, inwiefern Carl Schmitts Überlegungen zum Politischen, das letztlich auf einer (gewaltsamen) Aneignung von Raum beruhe, für die Analyse gegenwärtig umkämpfter Räume hilfreich sein können. Dazu diskutieren sie die Bedeutung des Räumlichen für den „Ausnahmezustand“ – bei Schmitt territorial gebunden, bei Giorgio Agamben hingegen diffus, zunächst dem konkreten Orts- bzw. territorialen Bezug enthoben. Sie zeigen am Beispiel Ostäthiopiens und des Afghanistankriegs, dass „umkämpfte Räume“ konkret lokalisierbar sind und theoretisch-analytisch gleichzeitig als territoriale und diffuse Räume (im Sinne Schmitts und Agambens) gefasst werden können.

Um Territorium geht es auch in den Beiträgen von *Bernd Belina* und *Judith Miggelbrink*, *Miriam Bishokarma* sowie *Alke Jenss*. In ihren Fallstudien wird deutlich, wie eng Identität, Territorium und politische Herrschaft verknüpft sind; und dass Kämpfe um sozial und politisch geschaffene und besetzte Räume diskursiv ebenso wie mit physischer Gewalt ausgetragen werden.

*Belina & Miggelbrink* diskutieren das Verhältnis von Raum, Indigenität und Ansprüchen auf Land am Beispiel sámischer RentierzüchterInnen im Norden Finnlands. Die Kategorie Raum spielt, so argumentieren sie, für politische Kämpfe um Indigenität eine bedeutende Rolle: Der territoriale Bezug ist für die Konstruktion „indigener Völker“ zentral („indigen“ ist, wer „seit jeher“, „schon immer“ oder doch zumindest länger als andere auf einem bestimmbar Territorium gelebt hat). Gleichzeitig werden aus Indigenität Anspruchsrechte auf den physisch-materiellen Raum und seine Ressourcen abgeleitet – und weitgehend politisch anerkannt, wie an nationalen und internationalen Normen und Rechtsprechungen deutlich wird.

*Bishokarma* befasst sich mit den Kämpfen um die Abtrennung eines eigenen Bundesstaates „Gorkhaland“ von Westbengalen in Indien. Die Auseinandersetzungen werden von politischen Bewegungen geführt, die sich auf die Nepali sprechende Bevölkerungsmehrheit in Darjeeling stützen. Ausgehend von der Kolonialgeschichte des indischen Nordostens untersucht die Autorin die imaginativen Geographien und strategischen Raumbilder, welche die neuen Grenzziehungen begründen sollen und zur Mobilisierung politischer Unterstützung dienen.

Im Zentrum von *Jenss'* Beitrag stehen der Staat und gewaltvolle Strategien der Etablierung und Absicherung von Herrschaft durch die Restrukturierung des ländlichen Raums. Unter Rückgriff auf raumtheoretisch inspirierte, kritisch-staatstheoretische Ansätze, insbesondere von Neil Brenner, untersucht sie das Wechselverhältnis von Herrschaft und Raumproduktion am Beispiel Kolumbiens.

Die Bedeutung konkreter Orte für die Konstruktion kollektiver Identitäten und „vorgestellter Gemeinschaften“ analysiert *Ulrike Schultz*. In den Auseinandersetzungen nach der in mehreren Kriegen durchgesetzten Unabhängigkeit des Südsudan werden im Kontext der Frage nach der künftigen Hauptstadt des neuen Staates Identifikationsprozesse ebenso wie Ansprüche unterschiedlich definierter Kollektive auf bestimmte Orte deutlich. Im Falle der Stadt Juba, derzeit Regierungssitz des neuen Staates, betreffen diese Ansprüche partikular-lokale Interessen ebenso wie die Bestimmung des neuen nationalstaatlichen Rahmens.

*Stephanie Schütze* bezieht sich in ihrem Beitrag auf die jüngere Raumdebatte in der soziologischen Migrationsforschung. Ihr geht es weniger um konkrete Orte und Territorien als um politische Räume, die sich zunehmend von physisch markierten Grenzen ablösen. Mit ihrer Untersuchung zur Bildung und Ausgestaltung von transnationalen politischen Räumen der Partizipation, die als Antwort auf mehrdimensionale Ungleichheiten mexikanischer MigrantInnen sowohl in Mexiko als auch in den USA entstanden sind, zeigt sie, wie Kämpfe dieser MigrantInnen um „gleiche Rechte“ transnational und translokal ausgefochten werden. Diesen Zusammenhang untersucht sie am Beispiel von MexikanerInnen, die aus dem Bundesstaat Michoacán nach Chicago auswanderten, sich dort migrantischen Organisationen anschlossen und schließlich hierüber Einfluss auf lokale, bundesstaatliche und nationale Politik in Mexiko und in den USA nehmen. Ihre empirischen Befunde implizieren ein Umdenken der Grenzen – in diesem Fall – „des Politischen“.

Um Herrschaft in Form sozial legitimer und institutionalisierter Machtverhältnisse geht es in dem schwerpunktfremden Artikel von *Markus V. Höhne*. Er zeigt auf, dass die Abwesenheit von staatlichen Institutionen keineswegs zu Regellosigkeit führt. Akteure, die in den Augen der betroffenen Bevölkerungen hinreichende Legitimität genießen – darunter Shari'a-Gerichtshöfe, *warlords*, Geschäftsleute, lokale NGOs, islamistische Milizen und Diasporagruppen –, stellen in verschiedenen Regionen Somalias ein Minimum an politischer Ordnung und *governance* sicher. Vor diesem Hintergrund erweisen sich, so der Autor, die externen Interventionen mit dem Ziel, Staatlichkeit (wieder-)herzustellen, als kontraproduktiv, weil sie mit Ausnahme der *warlords* gegen alle bestehenden Autoritäten vorgehen

und so den Krieg zum Dauerzustand machen. Am Beispiel von Somaliland und Puntland illustriert er, dass Stabilität und Frieden eher ohne als mit ausländischen Interventionen zu erlangen seien.

Ebenso wie Schütze befasst sich *Henrik Lebuhn*s Diskussionsbeitrag mit dem Themenfeld „Migration und Stadt“. Der Autor führt aus, dass die politischen Grenzen der „Festung Europa“ keineswegs nur an deren „Außenmauern“ – den Staatsgrenzen, Flughäfen usw. – durchgesetzt werden, sondern ebenso in ihrem Inneren: bei Kontrollen in Zügen und auf öffentlichen Plätzen ebenso wie in der behördlichen Alltagspraxis. Grenzkontrollen lösen sich von ihrem physischen Ort, wenn die Überprüfung von Pässen und Visa an jedem Ort und zu jeder Zeit stattfinden kann. Dies führt dazu, dass als „MigrantInnen“ markierte Personen ihre Rechte gegenüber dem lokalen Staat nicht wahrnehmen (können), und es stellt den Widerstand gegen Grenzregime vor neue Herausforderungen.

„Widerstand“ ist auch das Thema der ersten Ausgabe der *PERIPHERIE* im nächsten Jahr (Heft 129). Zuvor erscheint Ende 2012 die *PERIPHERIE* 128 mit dem Schwerpunktthema „Fair Trade – Eine bessere Welt ist käuflich“. Weiterhin planen wir Hefte zu den Themenfeldern „Peripherer Kapitalismus“, „Konfliktfeld Bergbau“ und „Religion“. Die *Calls for Papers* für diese Hefte finden sich wie immer auf unserer Homepage. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge sehr willkommen.

Für unsere weitgehend ehrenamtliche Arbeit sind wir auch weiterhin auf die Beiträge der Mitglieder der Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik (WVEE) e. V., der Herausgeberin der *PERIPHERIE*, und auf Spenden angewiesen. Wir freuen uns daher über neue Vereinsmitglieder ebenso wie über einmalige Spenden.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den *Calls for Papers* für die kommenden Hefte ein Formular zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.